

Pastoralrat fordert neue Wohnungspolitik

In einer am 24.4.1989 im LW veröffentlichten (warum nur dort?) Resolution drückt der Pastoralrat der Diözese Luxemburg sein Bedauern aus über den akuten Mangel an Wohnungen, insbesondere an Wohnungen zu erschwinglichen Mietpreisen. Er greift damit ein Thema auf, das anlässlich des UNO-Jahres der Obdachlosen schon mal für Schlagzeilen gesorgt hatte (vgl. forum, Nr. 101/Febr. 1988), dessen Lösung bislang aber keine Regierung ernsthaft angefaßt hat. Unseres Wissens hat allein die hauptstädtische Sektion der LSAP konkrete Vorschläge auf den Tisch gelegt, wie dem Problem der Wohnungsnot beizukommen sei (vgl. ihre Broschüre unter dem Titel "Wohnen ist ein Menschenrecht" von Dezember 1988). Der Pastoralrat wehrt sich gegen die in gewissen katholischen Kreisen verbreitete Tendenz, Ein-Eltern-Familien, die in großer Zahl von der Wohnungsnot betroffen sind, nicht zu Hilfe zu kommen, weil ihre Lage wegen angeblich unmoralischen Benehmens selbstverschuldet sei. Weil mit einer Entspannung auf dem Wohnungsmarkt nicht in absehbarer Zeit zu rechnen ist - es sei denn verschiedene europäische Institutionen verlassen tatsächlich Luxemburg - und somit auch ein Sinken der nicht nur für Kleinverdiener unerschwinglichen Mietwohnungen nicht in Aussicht steht, greift der Pastoralrat den Vorschlag auf, eine finanzielle Wohnungsbeihilfe einzuführen, um vor allem kinderreichen Familien - die der Staat doch aus demographischen Gründen fördern müßte - bei der Suche nach einer Mietwohnung zu helfen. Außerdem fordert er verstärkte Programme zum sozialen Wohnungsbau, betont dabei auch die Notwendigkeit der Sozialarbeit in solchen Wohnvierteln, vergißt aber den Akzent auf den Bau von sozialen Mietwohnungen zu legen. (Deren zu

großer Anteil soll dem Vernehmen nach eine der Hauptursachen sein, warum der staatliche "Fond de Logement à coût modéré" noch immer kein grünes Licht vom hauptstädtischen Schöffenrat erhielt für sein Wohnungsbauprojekt in Gasperich.) Schließlich will der Pastoralrat auch die unmoralischen Praktiken der Wohnungsmakler und Immobilienhändler - eine der wenigen Berufsgruppen in Luxemburg, für die keine schulischen oder moralischen, nicht einmal finanzielle Voraussetzungen zu erfüllen sind - dadurch unterlaufen, daß er die Schaffung von gemeindeeigenen Behörden zur Vermittlung von Wohnungen fordert. Nicht zu Unrecht verlangt der Pastoralrat am Schluß auch eine Verbesserung der öffentlichen Transportmittel zwischen den peripheren Wohnsiedlungen - wo die Preise vielleicht noch etwas niedriger sind - und den Arbeits- und Geschäftszentren, da gerade auch die Transportkosten das Budget der armen Familien schwer belasten. Umsonst warteten die Christen auf glaubwürdige Antworten der Parteien im vergangenen Wahlkampf. mp

Frauen-Bischof stellt konkrete Forderungen

Der Beauftragte der bundesdeutschen Bischofskonferenz für Frauenfragen, Weihbischof Ernst Gutting aus Speyer, fordert die 25-Stunden-Woche und ein garantiertes Grundeinkommen für jedermann und jederfrau. Er verlangt die Umschichtung von Arbeit und Arbeitsverdienst durch "Kürzungen der Männer-Gehälter" und des Verteidigungshaushaltes sowie endlich die angemessene Honorierung der Leistungen im Erziehungs- und Sozialbereich. Die 25-Stunden-Woche bilde die Chance, daß sich Männer und Frauen zu gleichen Teilen an der Erwerbsarbeit und an der Kindererziehung beteiligen könnten. Ein solcher Umbau sei praktisch möglich und deshalb keine

Utopie. Es müsse sowohl im Staat als auch in der Kirche endlich mit "überlieferten Vorurteilen gegenüber Frauen gebrochen und endlich damit Schluß gemacht werden, die Frau nur auf die Funktion der Mutter zu beschränken". Folgerichtig verschont der Bischof seine Kirche nicht mit Kritik. Er kritisiert ihre Weigerung, über die Zulassung der Frauen zum Priesteramt zu diskutieren.

Alfons Mertens,
in: Publik-Forum, Nr. 10, 19.5.1989

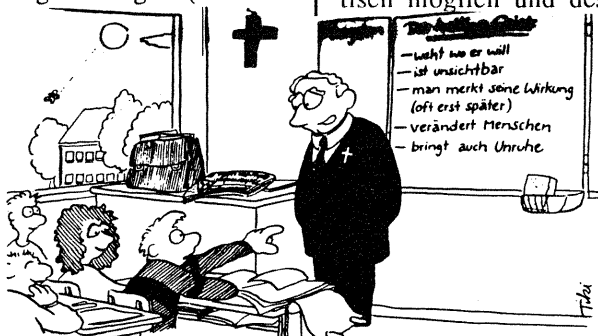
Goodyear zieht sich aus Südafrika zurück

Nach der Mobil Corp., die Ende April 1989 ihre Installationen in Südafrika verkaufte, war Anfang Juni der Reifengigant "Goodyear" der zweitgrößte Konzern, der seine Niederlassungen im Lande der Apartheid aufgab. Insgesamt war es die 96. US-Firma, die diesen Schritt unternahm. Dieses "Desinvest" ist auf die finanziellen Strafen zurückzuführen, die von der US-Administration verhängt werden (Verdopplung der Steuern auf dem Gewinn) gegen Firmen, die durch ihre Investitionen das weiße Minderheitsregime in Südafrika stützen. In Luxemburg etablierte Banken dürfen weiterhin mit südafrikanischem Gold und Krüger-Rand Handel treiben, ohne Sanktionen befürchten zu müssen.

m.p./Le Monde, 9.6.1989

Staatssekretär R. Goebbels verlangt Schuldentilgung

In seiner Rede, die er am 1.6.1989 vor dem Ministerrat der OECD in Paris gehalten hat, verlangte Staatssekretär R. Goebbels (LSAP) die Tilgung der Schulden der ärmsten Länder der 3. Welt. Er begrüßte die Entscheidung von Staatspräsident F. Mitterand, der 35 afrikanischen Staaten die öffentliche Schuld nachgelassen hat. Eine Situation, in der die Schuldendienste der lateinamerikanischen Staaten 41% ihrer Exporterlöse ausmachen (1988), sei nicht mehr haltbar, da sie jede Anstrengung zum wirtschaftlichen Aufschwung und zur sozialen Verbesserung von vorne herein zum Scheitern verurteile. Die zahllosen Investitionshilfen hätten nicht zu einem Wirtschaftswachstum geführt sondern zu einem Nettoressourcentransfer aus den Schuldnerländern zu den Kreditgebern, der höher liege als die Leistungen des



„Nein, Oliver, der Heilige Geist ist nicht dasselbe wie die Radioaktivität.“

Marshall-Plans! Jede Zinserhöhung in New York, jede Aufwärtsbewegung des Dollarkurses, und seien sie noch so gering, erhöhe die Schuldenlast der 3. Welt um Milliardenbeträge. Die sozialen Unruhen (in Argentinien oder Venezuela) seien nur eine logische Folge; die Gefahren für die Demokratie in diesen Staaten seien unverkennbar. R. Goebbels bekundete das Interesse seiner Regierung am Umschulungsplan des US-Finanzministers Nicholas Brady und versprach eine wohlwollende Aufnahme weiterer Kapitalerhöhungen der Weltbank bzw. des Internationalen Währungsfonds. Gleichzeitig warnte er diese beiden Finanzinstitutionen vor Kreditbedingungen für die Schuldnerländer, die sozial unverantwortbar seien. Er wies darauf hin, daß Luxemburg in den letzten 5 Jahren die Entwicklungshilfeausgaben verdoppelt habe. Bei einem Rundtischgespräch der ASTM (8.6.1989) gab er zu, daß der Betrag trotzdem immer noch erst 0,2% des Bruttoinlandsproduktes ausmache, statt der versprochenen 0,7%. Dies entschuldigte er damit, daß das Wirtschaftswachstum der letzten Jahre geradezu explosionsartig gewesen sei und daher die Ausgaben nicht entsprechend schnell erhöht werden konnten. Die Luxemburger Regierung ist in der Tat in dieser Hinsicht in Argumentationsnot geraten, weil auch ein Gutachten der Weltbank die luxemburgischen Entwicklungshilfeausgaben als zu gering im Vergleich zum Reichtum des Landes bezeichnet hat. Bei der Internationalen Währungskonferenz, die Anfang Juni in Madrid stattgefunden hat, lud US-Finanzminister Brady auch die Privatbanken ein, über einen Schuldenerlaß zugunsten der 3. Welt nachzudenken. Laut "Le Monde" (8.6.1989) konnten die Banken diesem Gedanken keine positive Seite abgewinnen. Auch Staatssekretär R. Goebbels befürwortete bei der ASTM-Wahlveranstaltung das Prinzip eines Schuldenerlasses durch die Privatbanken, ohne allerdings mit konkreten Vorschlägen aufzuwarten. Auf den Vorschlag des KPL-Kandidaten Guy Foetz, die Provisionen, welche die Luxemburger Banken steuerfrei für Risikodarlehen zurücklegen müssen (vgl. dazu "Luxemburg im IWF" in: "forum", Nr. 105/Okt. 1988), mit einer Steuer von 0,5% zu belegen, wollte Goebbels nicht eingehen. Das Risikokapital stammt hauptsächlich aus Darlehen an Staaten der Dritten Welt. Da die Provisionen auf rund 280-300 Milliarden Franken ge-

schätzt werden, käme der Entwicklungshilfe ein schöner Batzen Geld zugute. Goebbels fand es normal, daß die Banken hohe Gewinne machen. Ob das in jener Höhe sein muß, wie sie in den Geschäftsberichten der Banken, die in diesen Wochen zur Veröffentlichung gelangen, nachzulesen ist, sagte der Staatssekretär nicht. Er dementierte auch - ohne Quellenangabe -, daß auf Luxemburger Bankkonten nennenswerte Beträge von Fluchtkapital aus der 3. Welt in Sicherheit gebracht wurden. m.p.

Wenn 87,5% einer Klasse nach Belgien gehen

Seit langen Jahren gibt es in der Hauptstadt sogenannte "classes de transition", die zum Komplementärunterricht gehören und dazu dienen begabte Schülerinnen und Schüler aus den Auffangklassen (classes d'accueil) für Fremdarbeiterkinder auf weiterführende Sekundarstudien vorzubereiten.

Da es sich bei den betreffenden Schülern fast ausschliesslich um solche mit neolateinischer Muttersprache handelt und es sich obendrein herausgestellt hat, dass der Besuch eines klassischen oder auch nur technischen Lyzeums hierzulande immer wieder zu Misserfolgen führte, kam immer stärker die Tendenz auf, die für diese Kinder unüberbrückbare Sprachenbarriere im luxemburgischen postprimären Unterricht zu umgehen und sie in einer Sekundarschule im nahegelegenen Arlon einzuschulen.

Wie sich dieser Weg gelohnt hat, kann man daran illustrieren, dass es inzwischen hierzulande tätige Aerzte und Ingenieure gibt, welche ihn mit Erfolg eingeschlagen haben.

(...) Die betroffenen Schüler, Eltern und Lehrer jedenfalls haben aus den guten Erfahrungen gelernt: von den 24 Schülerinnen und Schülern, die dieses Jahr die beiden classes de transition in Merl besuchen, werden deren 21 den Weg über Belgien einschlagen. Das sind nicht weniger als 87,5%!

Edy Kirsch
SEW Info 3/89

Luxemburg und das Ozonloch

Die Ozonschicht ist durch FCKWs (Fluorchlorkohlenwasserstoffe) und andere Chemikalien stark gefährdet. Auch unsere Politiker scheinen dies erkannt zu haben und haben vor kurzem ein sogenanntes "Spraydosen-

Gesetz" im Parlament verabschiedet. Dieses Gesetz verbietet den Einsatz von FCKW als Treibmittel in Spraydosen. Bis Ende 1990 soll dem Gesetz zufolge der Import und die Herstellung, sowie der Verkauf und Verbrauch verboten werden. Desweiteren liegen Projekte vor, die in nicht mehr gebrauchten Kühlschränken als Kälteflüssigkeit eingesetzten FCKWs zu rezyklieren.

Die Umweltkommission des Luxemburger Parlamentes gibt folgende Emissionszahlen für 1988 an: insgesamt 410 t, wovon 214 t auf die Tyvek-Produktion bei DUPONT DE NEMOURS und 196 t auf alle anderen Emittenten (Spraydosen, die Firmen ELCO und ELECTROLUX u.a.m.) fallen.

Was bewirken diese Maßnahmen der Regierung für 1989?

1. Die 214 t von Dupont de Nemours wurden innerhalb von 6 Monaten emittiert. Da das Tyvek-Werk erst seit Mitte Juli produziert muß man für 1989 mit einer Emission von mindestens 380-400 t FCKW rechnen.

2. Das Spraydosen-Gesetz betrifft ausschließlich Behälter mit weniger als einem Liter Fassungsvermögen. Der industrielle Verbrauch (Elco, Electrolux) ist folglich durch diese Regelung nicht betroffen.

3. Aus einem alten Kühlschrank können 100-150 gr FCKW wiedergewonnen werden.

Hieraus ergeben sich folgende Emissionen für 1989 (geschätzt): Dupont de Nemours: 67%; sämtliche andere Emittenten: 33 %, die sich verteilen auf (der Größenordnung nach aufgelistet) Elco/Electrolux, Spraydosen, alte Kühlschränke, sonstiges

Die von der Regierung getroffenen Maßnahmen betreffen bestenfalls 15-20% der Emissionen und richten sich vor allem an den Verbraucher.

Kéisécker info no 5/1989

Musik in der Schule

Im Journal wurde am 9. Mai eine Stellungnahme der "Internationalen Arbeitsgemeinschaft Musikpädagogik für die südlichen Ländern Europas" abgedruckt, in der dieses Fachgremiums anläßlich einer Tagung in Südtirol zur geplanten Reform des Luxemburger Sekundarunterrichts Stellung nimmt. Hier einige Auszüge:

"Während in Österreich, der Schweiz und in den meisten Ländern der Bundesrepublik Deutschland das

Journal 9.5.1989

Une étude de médecins de Nancy, qui a porté sur 509 familles de deux régions mosellanes, 257 en zone

m.p./Le Monde, 16.6.1989

